DekaBank
Dr. Ulrich Kater

Luxemburger Wort

Euro: Erste Erfolge und weitere Herausforderungen

Die Bewältigung der Eurokrise geht weiter: Mitte Dezember verließ Irland als erstes Land den Euro-Rettungsschirm, auch Spanien hat angekündigt keine neuen Ansprüche auf weitere Hilfszahlungen aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu erheben. Dies wurde weithin als Erfolg für die Euro-Stabilisierungspolitik gewertet, dennoch bedeutet dies nicht das Ende der Krise. Vielmehr hat die Krise ihren Charakter gewandelt, von einer akuten Währungskrise, dem drohenden Auseinanderbrechen der Eurozone oder der Zahlungsunfähigkeit einiger Länder, hin zu einer sozialen Krise in den einzelnen Staaten. Der Fortbestand des Euro wird weniger von akuten Finanzmarktereignissen als vielmehr von der Bewältigung dieser sozialen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen abhängen. Dass die Umstrukturierung der Arbeitsmärkte innerhalb der Euro-Peripherieländer, weg von aufgeblasenen Binnenmärkten hin zu einer stärker exportorientierten Struktur begonnen hat, zeigen die leichten Exportanstiege, die seit 2009 trotz schwieriger globaler Situation erzielt wurden.

Die Strukturreformen werden nicht taggleich positive Wirkung zeigen, sondern erst längerfristig sichtbar werden. An Strukturreformen, wie etwa einer Lockerung des Kündigungsschutzes oder der Lockerung von Tarifverträgen, sollte trotz ihrer gesellschaftlichen Unpopularität festgehalten werden, da sie auf lange Sicht Unternehmern neue Anreize zu Investitionen geben. Mit Hilfe solcher Maßnahmen kann die momentan extrem hohe Arbeitslosenquote in den Krisenländern gesenkt werden. Allerdings wird dies ein sehr langer Prozess werden, denn es fehlt in Südeuropa ein Faktor, der etwa in Großbritannien zu einem milderen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt hat: eine moderate Inflationsrate. Bei leichter Inflation ist ein Abschmelzen der Lohnkosten im Vergleich zu anderen Ländern einfacher möglich, weil keine Lohnrückgänge hierzu erforderlich sind.

Erst wenn die Arbeitsmarktzahlen wieder annehmbare Werte erreicht haben, kann man von einem Ende der Krise sprechen. Gerade die Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen europäischen Ländern ist ein enorm großes Problem. Mit Boni-Zahlungen für Unternehmen bei Einstellung junger Mitarbeiter versucht etwa die spanische Regierung die Jugendarbeitslosigkeit einzudämmen. Solche Maßnahmen werden künftig ergänzt werden durch Maßnahmen auf europäischer Ebene. Dies werden allerdings nur unvollkommene Instrumente zur Linderung der extremen Missstände sein können, heilen können sie die Probleme nicht.

Die prognostizierten Wachstums- und Arbeitsmarktdaten für die nächsten Jahre zeigen zwar die Wirksamkeit solcher Strukturreformen. So wird für Spanien, Griechenland, Portugal und Italien erstmals wieder ein Zuwachs des BIP prognostiziert. Auch rechnet man mit leicht fallenden Arbeitslosenquoten für die angeschlagenen Länder. Größere Erfolge werden sich jedoch erst langfristig abzeichnen. Sie können nur durch die Ansiedelung neuer wirtschaftlicher Aktivitäten und die Entwicklung neuer Branchen entstehen, ein Prozess, der viel Geduld benötigt.

Das bedeutet aber auch, dass Strukturreformen weiterhin durch makroökonomische Maßnahmen unterstützt werden müssen. Das Vorhaben der Europäischen Zentralbank, notfalls Staatsanleihen anzukaufen, falls die Finanzmärkte wieder in Misstrauen gegenüber einem Mitgliedstaat verfallen sollten, gehört zu diesen Maßnahmen. Die jüngste Stellungnahme des deutschen Bundesverfassungsgerichts hierzu fällt zwar kritisch aus, stoppt aber das geplante Anleiheprogramm nicht kategorisch. Es wird abzuwarten bleiben, ob der Europäische Gerichtshof, dem die Entscheidung nun vorgelegt wird, einen Kompromiss finden kann zwischen dem Erfordernis, dass die Kapitalmärkte eine klare Perspektive zur Fortsetzung des Euro benötigen und der Anforderung, dass die dafür notwendigen Mittel im Rahmen der nationalstaatlichen Verfassungen bleiben.